

PROBLEME DES NEUANFANGS:
BEMERKUNGEN ZU KONZEPTIONEN UND METHODEN
DER TSCHECHISCHEN ZEITGESCHICHTLICHEN
FORSCHUNG NACH 1989

Von Peter Heumos

Mit dem Nachdenken über ihre Entwicklung unter kommunistischer Herrschaft hat sich die tschechische Geschichtswissenschaft nach 1989 noch nicht allzuweit vorgewagt, und ich meine hier zunächst das Nachdenken über die methodischen und methodologischen Grundlagen der eigenen Disziplin. Es scheint, als begnüge sich die Geschichtsschreibung mit der Gewißheit, die gleichsam stehengelassene historiographische Ideologie werde von selbst rasch außer Gebrauch kommen; es lohne die Mühe nicht, darüber noch einmal grundsätzliche Diskussionen zu führen. Das Verschwinden des marxistisch-leninistischen Kanons ist eine Sache, eine andere jedoch die Tatsache, daß dieser Kanon eine Fülle von Denkmustern und -schemata, von eingeschliffenen Sehweisen und unbefragten methodischen und methodologischen Annahmen transportiert hat, die sich auch nach 1989 in der Forschung ungerührt perpetuieren – und sie bedürfen allemal einer kritischen Analyse. Anlaß zu dieser besteht aus anderen Gründen: Die Reaktionen der tschechischen Geschichtswissenschaft auf den Zusammenbruch des kommunistischen Regimes – ob expliziter oder impliziter Natur – ähneln auf der theoretisch-konzeptionellen Ebene in mehr als einer Hinsicht jener ersten Revision der marxistischen Historiographie in der Tschechoslowakei der sechziger Jahre, die einen Teil der damaligen kulturellen und politischen Reformbewegung bildete. Damals wie heute schlug die Abkehr vom begrifflichen Instrumentarium des Histomat in Gegenpositionen um, die – in verständlichem Drang nach strikter Abgrenzung – nicht immer der Gefahr entgangen sind, ihrerseits auf problematisches methodologisches Terrain zu geraten¹.

Es braucht nicht ausführlich erläutert zu werden, daß die zeitgeschichtliche Forschung unter dem kommunistischen Regime am stärksten von ideologisch-politischen Repressionen betroffen wurde: Hier waren „häretische“ Problematisierungen am nachhaltigsten dem Druck der Koppelung von Macht- und Wissenstrukturen ausgesetzt, hier haben die politisch Herrschenden nach der Krise des Jahres 1968 die weitreichendsten personellen Konsequenzen gezogen, hier wurde die Begriffssprache

¹ Heumos, Peter: Quellenedition und „Prager Frühling“. Anmerkungen und Dokumentation zu einer Kontroverse über die Geschichte der Tschechoslowakischen National-Sozialistischen Partei 1945–1948. JbGO (1977) 397–421. – Ders.: Geschichtswissenschaft und Politik in der Tschechoslowakei. Entwicklungstrends der zeitgeschichtlichen Forschung nach 1945. JbGO 26 (1978) 541–576.

des Marxismus am deutlichsten auf das Niveau kruder Einheits-, Übereinstimmungs- und Entsprechungsformeln heruntergewirtschaftet, und hier besaß eigenständiges wissenschaftliches Denken die geringsten Erfolgchancen. Im Bereich der zeitgeschichtlichen Forschung bestand somit nach dem Ende des kommunistischen Systems ohne Zweifel der größte wissenschaftliche Nachholbedarf und die dringendste Notwendigkeit einer qualitativen Um- und Neuorientierung. Dieser Aufgabe eines neuen Anfangs versucht das 1990 in Prag gegründete Institut für Zeitgeschichte (Ústav pro soudobé dějiny) in vielfältiger Hinsicht gerecht zu werden. Das Institut hat in der relativ kurzen Zeit seines Bestehens bereits eine Reihe von bemerkenswerten Publikationen vorgelegt, die nicht nur bislang kaum bekannte Kapitel der Zeitgeschichte der Tschechoslowakei erschließen², sondern auch die Absicht erkennen lassen, kritische Analysen nicht ausschließlich auf die kommunistische Herrschaftsperiode zu beschränken³. Die folgenden Bemerkungen beziehen sich lediglich auf einen Teil der bisher vorliegenden Veröffentlichungen, und zwar auf die ersten acht Bände der Hefte des Instituts für Zeitgeschichte (Sešity Ústavu pro soudobé dějiny). Um bestimmte Argumente zu stützen, werden auch einige außerhalb des Instituts entstandene Publikationen herangezogen. Insgesamt wird damit nur ein sehr kleiner Ausschnitt der zeitgeschichtlichen Forschung in der Tschechischen Republik erfaßt. Ob die daran beobachteten Tendenzen repräsentativ für die zeitgeschichtliche Literatur überhaupt sind, bleibt also dahingestellt.

Die Probleme des historiographischen Neuanfangs beginnen, wie schon angedeutet, mit der offenkundigen Zählbarkeit der in Jahrzehnten abgelagerten Interpretationsmuster und terminologischen Systeme, und dies auch dort, wo ein Bewußtsein von der Unzulänglichkeit der Forschung vor 1989 besteht. Dafür ist der Überblick über die verfassungsrechtliche Entwicklung in den böhmischen Ländern in den Jahren 1938–1948 von Karolina Adamová ein gutes Beispiel⁴. Die Verfasserin ist sich einerseits darüber im klaren, daß die bislang übliche positivistische Aufzählung der einzelnen Gesetzgebungsakte in der Zweiten Republik, im tschechoslowakischen politischen Exil unter Beneš und in der Nachkriegsrepublik wenig hergibt und statt dessen eine gründliche Analyse der diesen Akten zugrunde liegenden Normen und Wertorientierungen erforderlich wäre, um die Art der Veränderung des gesamten Rechtssystems besser erfassen zu können. Andererseits wird mit dieser Einsicht vielfach der überlieferte Begriffsapparat mitgeschleppt, der nun wirklich nicht geeignet ist, neue Erkenntnisse zu vermitteln. Dazu gehört nicht nur die Charakterisierung der

² Kaplan, Karel (Hrsg.): Československo a Izrael 1945–1956. Soubor dokumentů [Die Tschechoslowakei und Israel 1945–1956. Eine Quellensammlung]. Praha 1993.

³ Krejčová, Helena: Český a slovenský antisemitismus 1945–1948 [Der tschechische und slowakische Antisemitismus 1945–1948]. In: Stránkami soudobých dějin. Sborník statí k pětadesátinám historika Karla Kaplana [Blättern durch die Zeitgeschichte. Ein Sammelband zum 65. Geburtstag des Historikers Karel Kaplan]. Praha 1993, 158–172.

⁴ Adamová, Karolina: Stručné dějiny práva v ČSR v období 1938 – počátek roku 1948 se zřetelom k vývoji v českých zemích [Kurze Geschichte des Rechts in der ČSR von 1938 bis zum Beginn des Jahres 1948 unter Berücksichtigung der Entwicklung in den böhmischen Ländern]. In: Sešity Ústavu pro soudobé dějiny (fortan zitiert als: SÚSD). Bd. 5. Praha 1993, 7–40.

politischen Rahmenbedingungen der frühen Nachkriegszeit (1945–1948) durch die KPTsch-Formel vom „Hinüberwachsen des Kampfes gegen den Faschismus in die nationale und demokratische Revolution“, sondern auch die Versuche, die politische Situation vor dem Februarumsturz 1948 auf ein simples Links-Rechts-Schema zurechtzustutzen. Es ist zu befürchten, daß durch solche Interpretationen und Vereinfachungen der Weg zu einer differenzierteren Betrachtung auch der verfassungs- und allgemeinrechtlichen Entwicklung im fraglichen Zeitraum verbaut wird. Die beibehaltene Perspektive einer „revolutionären“ Rechtsentwicklung nach 1945 ist blind dafür, daß Rechtsempfinden und Rechtsverständnis in den böhmischen Ländern und in der Slowakei unter nationalsozialistischer Okkupation bzw. unter dem Tiso-Regime erheblich gelitten haben. Katarína Zavacká weist in ihrer Studie über die verfassungsrechtliche Entwicklung in der Slowakei zwischen 1938 und 1948 auf die „Mediatisierung“ des Privateigentums durch die ständestaatlich-nationalsozialistische Ideologie des slowakischen Staates hin, die in der slowakischen Verfassung vom Juli 1939 festgeschrieben wurde⁵. Die Arisierung schlug tiefe Breschen in das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung in den böhmischen Ländern und der Slowakei, wie die Auseinandersetzungen um die Rückgabe jüdischen Eigentums nach 1945 zeigen⁶. Nicht zuletzt geht auch aus den von Karel Kaplan edierten Dokumenten zur Diskussion über die Verfassung in den Jahren 1946–1948⁷ unzweideutig hervor, daß für die Geschichte des Verfassungsrechts wie der Rechtsordnung überhaupt die Zäsur des Jahres 1945 nicht greift, daß zudem auch die geläufige Vorstellung nur bedingt zutrifft, im Konflikt um die Verfassung habe sich nach 1945 eine Front zwischen den Protagonisten der Ersten Tschechoslowakischen Republik und dem Linksblock aus Kommunisten und Sozialdemokraten herausgebildet. Zwar belegen die von Kaplan herausgegebenen Quellen zur Verfassungsfrage, daß die katholische Volkspartei und die Partei der nationalen Sozialisten gegen die KPTsch und teils auch die Sozialdemokratie für die Anknüpfung an die Verfassung von 1920 und damit an eine bestimmte politische Tradition plädiert haben. Andererseits haben *alle* politischen Parteien in der Verfassungsdiskussion in schöner Einträchtigkeit einen ersten Nagel in den Sarg der allgemeinen Bürgerrechte getrieben, indem sie das Streikrecht und damit ein elementares soziales Widerstandsrecht beseitigten⁸. Welche Argumente hierbei auch immer eine Rolle gespielt haben mögen: Es ist grotesk genug, daß in dieser Weise die totale politische und soziale Entrechtung der Arbeiterschaft unter der NS-Herrschaft nach-

⁵ Zavacká, Katarína: Ústavný vývoj na Slovensku v období od 6. 10. 1938 od apríla 1945 [Die verfassungsrechtliche Entwicklung in der Slowakei vom 6. 10. 1938 bis zum April 1945]. In: SÚSD 5, 41–67.

⁶ Vgl. dazu den Bericht des Keren Hayesod-Funktionärs Leo Herrmann über seinen Aufenthalt in Prag vom 12. 10. 1945, abgedruckt bei Heumos, Peter: Rückkehr ins Nichts. Leo Herrmanns Tagebuchaufzeichnungen über seine Reise nach Prag und die Lage der Juden in der Tschechoslowakei im Herbst 1945. BohZ 27 (1986) 269–304.

⁷ Kaplan, Karel (Hrsg.): Příprava Ústavy ČSR v letech 1946–1948. Diskuse v Národní frontě a názory expertů [Die Vorbereitung der Verfassung der ČSR in den Jahren 1946–1948. Die Diskussionen in der Nationalen Front und die Auffassungen der Experten]. Praha 1993 (SÚSD 7).

⁸ Ebenda 67–68.

träglich noch einmal parlamentarisch-demokratisch bestätigt wurde, ohne daß die daran beteiligten Anwälte der demokratischen Traditionen der Ersten Tschechoslowakischen Republik hierüber auch nur ein Wort verloren. Die Sachkenner werden an dieser Stelle einwenden, daß es nach 1945 für die demokratischen Kräfte darum ging, der Arbeiterschaft als dem wichtigsten sozialen und politischen Reservoir der KPTsch möglichst alle Waffen, also auch das Mittel des Streiks, aus der Hand zu schlagen. Recht haben sie: In der Absicht, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben, empfahl die katholische Volkspartei schon im April 1946, in der Tschechoslowakei das sowjetische Betriebsmodell einzuführen, das die sicherste Garantie gegen die Aufmüpfigkeit der Arbeiter und die drohende revolutionäre Umwälzung zu bieten schien⁹. Angesichts solcher Strategien sollte dann freilich darauf verzichtet werden, die politischen Konflikte zwischen 1945 und 1948 unter dem Obertitel einer Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Kommunismus verstehen zu wollen¹⁰. Was die nichtkommunistischen Kräfte praktizierten, war vielmehr – wie Kaplans Quellensammlung zur Verfassungsfrage an vielen Beispielen zeigt – die Flucht nach vorn unter fortschreitendem Verzicht auf tradierte politische Werte, die dem Kalkül einer Konfliktvermeidungspolitik gegenüber der KPTsch geopfert wurden¹¹.

Wie weit insbesondere auch die Anpassungsbereitschaft der führenden Vertreter des nichtkommunistischen politischen Spektrums schon 1945 ging, bestätigt Kaplan noch einmal mit der Edition bisher größtenteils unveröffentlichter Dokumente zur Bildung der ersten tschechoslowakischen Nachkriegsregierung; diese Dokumente betreffen vor allem die Verhandlungen zwischen dem Londoner Exil unter Beneš und dem von Gottwald geführten kommunistischen Exil in Moskau von Januar bis März 1945, die Frage des Verhältnisses beider Seiten zum Tschechischen Nationalrat in Prag und die Problematik der (ehemaligen) militärischen Führungsgarnitur in London, der die KPTsch mit den größten Vorbehalten gegenüberstand¹². In unserem Zusammenhang interessieren aus dieser Edition vor allem die Aufzeichnungen Jan Masaryks über ein Gespräch, das er am 21. März 1945 in Moskau mit dem KPTsch-Chef Gottwald führte. Dieses Gespräch, das Masaryk gesucht hatte, um Bedenken der KPTsch-Führung gegen seine Berufung zum Außenminister der ersten tschechoslowakischen Nachkriegsregierung auszuräumen, kann mit Fug und Recht als ein einziger Kotau Masaryks vor Gottwald bezeichnet werden. Nicht nur, daß Masaryk auf die massive Kritik Gottwalds an der Außenpolitik der Londoner Exilregierung mit unterwürfigen Bitten um Verständnis für die schwierige Situation in London antwortete und dabei

⁹ Lidová demokracie vom 12. 4. 1946.

¹⁰ Adamová: Stručné dějiny, 26.

¹¹ In vieler Hinsicht waren die nichtkommunistischen politischen Parteien gar nicht genötigt, zu dieser Strategie Zuflucht zu nehmen. Wie sehr sich alle Demokraten mit den Kommunisten beispielsweise in der Beurteilung der slowakischen Frage zwischen 1945 und 1948 eins waren, zeigen die von Karel Kaplan edierten Texte und Diskussionen zu den sogenannten Prager Vereinbarungen. Vgl. Kaplan, Karel (Hrsg.): Pražské dohody 1945–1947. Sborník dokumentů [Die Prager Vereinbarungen 1945–1947. Eine Dokumentensammlung]. Praha 1992 (SÚSD 4).

¹² Kaplan, Karel: První poválečná vláda. Komentované dokumenty [Die erste Nachkriegsregierung. Kommentierte Dokumente]. In: SÚSD 5, 69–155.

eifrig um Gottwalds Gunst buhlte, indem er in pathetischen Formulierungen das tschechoslowakisch-sowjetische Abkommen vom Dezember 1943 als Beginn einer „neuen Periode unserer Geschichte“ pries. Als Gottwald in scharfer Form die Londoner Generäle (vor allem Ingr) abkanzelte, beeilte sich Masaryk zwar, ihm beizupflichten, indem er die Londoner Militärs als „politische Analphabeten“ anschwärzte, bat aber gleichzeitig in geradezu demütigen Wendungen darum, an die Londoner Exilregierung keine allzustrengen Maßstäbe anzulegen: Diese sei gewiß nicht gerade brilliant gewesen, doch er, Masaryk, appelliere an Gottwald, sie ohne „große Anschuldigungen“ davonkommen zu lassen. Während der KPTsch-Chef vor Masaryk über den Historischen Materialismus schulmeisterte, die parlamentarische Demokratie zum Teufel wünschte und Masaryk seine „reaktionären Neigungen“ vorhielt, übte sich dieser in pflichtschuldigen Versicherungen: Er habe sich nie verächtlich über Moskau geäußert, er sei auch kein Repräsentant einer bestimmten Klasse, müsse auch den Verdacht „reaktionärer Neigungen“ zurückweisen. Was die parlamentarische Demokratie betreffe, so sei es schändlich gewesen, was die Živnbanka in der Ersten Republik gemacht habe. Gottwald habe vielleicht durch das Gespräch eine „bessere Meinung“ über ihn gewonnen, vermerkt Masaryk in der Niederschrift der Unterredung nicht ohne Befriedigung¹³.

Es geht hier nicht um die weithin übliche Personalisierung der tschechoslowakischen Nachkriegsgeschichte mit ihrer unergiebigem Verteilung guter oder schlechter Zensuren an diesen oder jenen Politiker, auf die unten noch einzugehen sein wird. Masaryks Verhaltensweise – gerade weil sie einen breiten Trend der Zeit widerspiegelt¹⁴ – führt noch einmal auf die oben schon angeschnittene Frage nach den Bestimmungsmerkmalen dessen, was in den hier erwähnten Publikationen für die Jahre 1945–1948 als „Demokratie“ gehandelt wird. Inhaltsleer wird dieser Begriff jedenfalls dort, wo die institutionellen Arrangements ins Spiel kommen, also vor allem das Parlament. Dies wird – um noch einmal zu Kaplans Edition der Verfassungsdiskussion zurückzukehren – im Vorwort zu der Edition überhaupt nicht deutlich: Während Kaplans Hinweise auf die Kontroversen zwischen den politischen Parteien auf dem Boden des Verfassungsausschusses und die unbestritten enorme Bedeutung der Verfassungsfrage den Eindruck hervorrufen, als sei über die weiteren Geschehnisse des Landes nach parlamentarischem Prozedere entschieden worden, hing die ganze Verfassungsdiskussion de facto in der Luft, weil die Nationalversammlung von Anfang an eben nicht den entscheidenden und authentischen Ort der gesamtpolitischen Willensbildung darstellte. Nachdem die Nationalversammlung ihr Gewicht längst dadurch verloren hatte, daß sie die großen gesellschaftlichen und politischen Umbrüche des Jahres 1945 nur noch nachträglich sanktionieren konnte, sank sie in der Folgezeit zu einem Hintersassen der Nationalen Front herab, und es ist kein Zufall, daß sie schließlich in der Februarkrise 1948 überhaupt keine Rolle spielte, ja in den Überlegungen der nichtkommunistischen politischen Parteien auch nicht ernsthaft als

¹³ Ebenda 109–113.

¹⁴ Vgl. dazu Heumos, Peter: Neue Dokumente aus tschechischen Archiven. Rudolf Bechyňes Memorandum an Stalin vom 9. Januar 1945. BohZ (1993) 133–145.

Austragungsort des Konflikts mit der KPTsch in Betracht gezogen wurde¹⁵. Gewiß erwähnt Kaplan, daß das Recht zur Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs erst aufgrund einer sozialdemokratischen „Empfehlung“ einem parlamentarischen Ausschuß übertragen wurde, aber das kann man auch deutlicher sagen: Als die Verfassungsgebende Nationalversammlung im Juli 1946 zusammentrat, um das zu tun, wozu sie ihr Name beauftragte, Ministerpräsident Gottwald dann aber in seiner Regierungserklärung kurz und bündig feststellte, die Regierung werde die Verfassung ausarbeiten, nahmen dies *alle* Abgeordneten widerspruchslos hin: so gering war das Selbstbewußtsein des Parlaments, so sehr duckte es sich vor einer Regierung, in der die KPTsch das Übergewicht besaß. Erst eine Woche später muckte ein Sozialdemokrat auf¹⁶.

Der Punkt, der hier gestreift wurde, mag ephemer erscheinen, aber er ist es nicht. Mit der historiographischen Aufarbeitung der über vier Jahrzehnte dauernden kommunistischen Herrschaft stellt sich zwangsläufig die Frage, auf welches politische Wertesystem sich die Kritik am kommunistischen Regime historisch beziehen soll. Sinnvollerweise kann dieses Wertesystem nur der Ersten Tschechoslowakischen Republik entnommen werden, und da liegt die Crux. Da sich inzwischen eine ganze Reihe tschechischer Historiker die Zeit als historiographische Schönredner der Ersten Tschechoslowakischen Republik vertreibt¹⁷ und das Podest unversehens immer höher wird, auf dem die Zwischenkriegsrepublik thront (eingehender dazu unten), geraten diejenigen zunehmend in Schwierigkeiten, die sich mit der Übergangsperiode zum kommunistischen Herrschaftssystem beschäftigen, eben den Jahren 1945–1948. Ihnen wird nämlich die Last aufgebürdet, eine Antwort auf die Frage zu finden, warum denn eine Gesellschaft die sich – so der Tenor – im europäischen Maßstab demokratische Bestnoten verdiente, nach 1945 in ihrer Mehrheit mit fliegenden Fahnen zum Kommunismus übergang. Daß der neue Zeitgeist Tribut verlangt, läßt sich nun an den apologetischen Antworten auf diese Frage gut zeigen, wobei grob zwei Gruppen von „Erklärungsmustern“ unterschieden werden können. Eine Reihe von Untersuchungen krankt in bezug auf die Darstellung demokratischer Strukturen an normativistischer Überhöhung. Begriffe wie „Parlament“, „parlamentarische Demo-

¹⁵ Vgl. dazu die Bemerkungen des damaligen Justizministers Prokop Drtina in einem Interview aus dem Jahre 1968 bei Pavlíček, Václav: Únor 1948 [Der Februar 1948]. Právník 107 (1968) 177–200. „Niemand von den nichtkommunistischen Parteien dachte [in der Februar-krise 1948 – P. H.] an das Parlament“, heißt es bei Drtina, der zwischen 1945 und 1948 zu den führenden Repräsentanten der nationalen Sozialisten zählte.

¹⁶ Kaplan: Příprava Ústavy, 7. – Cíl vom 19. 7. 1946.

¹⁷ Vgl. dazu den Beitrag von Josef Harna in Lidové noviny vom 27. 10. 1993. Um nicht mißverstanden zu werden: Es geht hier nicht darum, Kritik daran zu üben, daß Historiker ein politisches Glaubensbekenntnis ablegen, wie dies Harna in seiner Apologie der Ersten Republik tut. Die Frage ist nur, ob man sich als Historiker beim Nachweis der Qualitäten der Ersten Republik darauf verlegen sollte, diesen Nachweis anhand von Zitaten der Staatsgründer (wie Masaryk) zu führen, die sich eher selten kritisch über ihr eigenes Werk zu äußern pflegten. Vielleicht gehört es auch zu den Lernprozessen der postkommunistischen tschechischen Historikerkunft, sich von dem eingeübten Ritual zu verabschieden, daß man bei der Urteilsfindung in letzter Instanz Zuflucht beim Diktum der Obrigkeit suchte.

kratie“ oder „demokratische Republik“ werden nicht im Rahmen der angeschauten Gesellschaft entwickelt, sondern ihr gleichsam aufgetragen. Sie fungieren als appellative Symbole und Versatzstücke eines normativ überzogenen Bildes von bürgerlicher Demokratie, das vor allem zur Identifikation auffordert, für die Beschreibung konkreter gesellschaftlich-politischer Strukturen und der Eigenarten des tschechoslowakischen parlamentarisch-demokratischen Systems aber nichts hergibt. Eine zweite Gruppe von Beiträgen zu unserem Thema hat sich auf die Personalisierungen der frühen Nachkriegsgeschichte der ČSR und darauf verlegt, den Sinnzusammenhang des damaligen Geschehens durch die positiv oder negativ besetzten politischen Spitzenakteure zu stiften, die – ob Beneš, Stalin, Gottwald oder Fierlinger – zugleich als Auslöser dieses Geschehens präsentiert werden. Lieblingstopos dieser Gattung ist – das bietet sich als bequemste Antwort auf die Frage nach Kausalstrukturen an – die Dämonisierung Stalins, der die demokratischen Kräfte der Tschechoslowakei mit ihrem idealistischen Aufbau- und Erneuerungswillen, ihren Hoffnungen auf einen demokratischen Sozialismus und ihrer Vision einer neuen Welt des Friedens und der nationalen Unabhängigkeit hinter das Licht führte und das Land mittels eines großangelegten Täuschungsmanövers schließlich für den sowjetischen Machtbereich kassierte. Trotz mancher kritischer Passagen gerät etwa die Arbeit von Toman Brod über die kommunistische Machtübernahme¹⁸ genau in diese Argumentationsspur. Erkenntnisse sind auf diesem Weg schwerlich zu erwarten, es sei denn, wir zählen dazu die Einsicht, daß der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert ist.

Die Unzulänglichkeiten der hier kurz angedeuteten Betrachtungsweisen konvergieren darin, daß Gesellschaft entweder nur als gestaltloses Surrogat eines obendrein noch demokratisch verklärten Institutionengefüges oder als bloßes Objekt des interessierten Einsatzes von Machtmitteln in den Blick kommt. Unausdrücklich wird damit eine Barriere gegen die Erkenntnis langfristiger wirksamer Strukturen errichtet und historische Tiefenschärfe ausgeblendet, auf die im übrigen doch – wenn auch gelegentlich in etwas erbaulicher Weise, wie die allenthalben ins Kraut schießende monumentalische Geschichtsschreibung etwa über Masaryk zeigt – viel Wert gelegt wird. Einen charakteristischen Hinweis dazu liefert die Studie von Kaplan zur Parteienfinanzierung am Beispiel der KPTsch in den Jahren 1945–1952¹⁹. Dieser ausschließlich aus bisher unzugänglichen Quellen gearbeitete Beitrag listet im Detail auf, auf welchen Wegen und mit welchen Methoden die KPTsch in dem betreffenden Zeitraum ein Vermögen von mehreren hundert Millionen Kronen angehäuft hat: Legale und illegale Transaktionen, Währungsspekulationen, Ankäufe von Unternehmen im Ausland über undurchsichtige Kanäle und den Staatssicherheitsdienst, Machinationen, Betrügereien, Schwarzmarktgeschäfte und staatlich sanktionierter Schmuggel bil-

¹⁸ Brod, Toman: Operace Velký podvod. Cesta československých komunistů k moci v letech 1945–1948 [Operation Großer Schwindel. Der Weg der tschechoslowakischen Kommunisten zur Macht in den Jahren 1945–1948]. T. 1. Praha 1990. – D e r s . : Triumf a zkáza. Cesta československých komunistů k moci v letech 1945–1948 [Triumph und Verderben. Der Weg der tschechoslowakischen Kommunisten zur Macht in den Jahren 1945–1948]. T. 2. Praha 1991.

¹⁹ Kaplan, Karel: Majetkové zdroje KSČ v letech 1945–1952 [Die Quellen des Vermögens der KPTsch in den Jahren 1945–1952]. Praha 1993 (SÚSD 6).

deten das Instrumentarium eines gut organisierten Beschaffungsapparats, dessen sich die KPTsch nach 1948, unter den Bedingungen ihrer Alleinherrschaft, natürlich um so effektiver zu bedienen vermochte. Kaplan sieht die ausgedehnten Aktivitäten der KPTsch bei der Erschließung von Quellen für die Parteifinanzierung im Zusammenhang damit, daß nach 1945 in der Tschechoslowakei der Aufbau von Massenparteien begann (von diesen war die KPTsch die bei weitem größte), deren Unterhaltskosten beträchtlichen materiellen Aufwand erforderten. Kaplan schließt sich vorbehaltlos der scharfen Kritik an, die später auch kommunistische Funktionäre an dieser Art von „Parteioökonomie“ geübt haben²⁰.

Nun kommt man um harsche Kritik in der Tat nicht herum, wenn man von den kommunistischen Requirierungskommandos liest, die übrigens schon vor dem Februar 1948 durch die böhmischen Schlösser und Burgen zogen und kostbare Einrichtungsgegenstände, Antiquitäten und andere Wertgegenstände für die Parteikasse in Beschlag nahmen²¹. Dennoch greift die Einordnung dieses spannend zu lesenden Kapitels der frühen tschechoslowakischen Nachkriegsgeschichte zu kurz, und die moralischen Einwände bleiben etwas abstrakt, wenn man die politische Kultur der Ersten Tschechoslowakischen Republik heranzieht. Zunächst gehörte es zu den allgemein legitimierten politischen Normen der Zwischenkriegsrepublik, daß die politischen Parteien entsprechend ihren Machtanteilen nach dem Muster des amerikanischen spoil-Systems Anspruch auf Versorgungsleistungen für ihre Mitglieder erheben durften. Von der Aufteilung der ministeriellen Ressorts zwischen den Koalitionspartnern, die auch den Beamtenapparat „ihrer“ Ministerien möglichst weitgehend mit Parteigenossen zu besetzen suchten, führte dieses Verfahren über parteipolitisch motivierte Ämterpatronage in der Landes- und Selbstverwaltung, in Banken, Versicherungen, Krankenkassen und karitativen Einrichtungen bis hin zur Regelung der Einstellung von Arbeitern in staatlich kontrollierte Industriebetriebe, bei der ebenfalls der Parteienschlüssel angewandt wurde²². Diese Erscheinung wird nur vor dem Hintergrund der Tatsache verständlich, daß das politische System der Ersten Republik alle wesentlichen Bestimmungsmerkmale einer Proporzdemokratie aufwies, wie vor allem das zentrale politische Konfliktregelungsmuster des Junktims deutlich macht²³. Nun fördern Proporzsysteme die Tendenz, daß die politischen Parteien die von ihnen qua Ämterpatronage beherrschten staatlichen und gesellschaftlichen Segmente zu „encadrieren“ suchen, d. h. bemüht sind, diese Segmente parteipolitisch zu integrieren und zu geschlossenen, von anderen Segmenten abgegrenzten Einheiten auszubauen. Hier mag ein Hinweis auf das Beispiel der Agrarpartei genügen, deren riesiger Organisationsapparat nahezu das gesamte Spektrum gesellschaftlicher Bedürfnisse unter spezifischen parteiideologischen Vorzeichen zusammenfaßte; dazu gehörten

²⁰ Ebenda 78.

²¹ Ebenda 71.

²² Lipscher, Ladislav: Verfassung und politische Verwaltung in der Tschechoslowakei 1918–1939. München-Wien 1979, 116–117 (VCC 34). – Franěk, Otakar: Dějiny koncernu brněnské Zbrojovky 1918–1939 [Die Geschichte des Konzerns der Brüner Zbrojovka 1918–1939]. Brno 1969, 402, Anm. 351. – Přítomnost vom 10. 12. 1925 und 11. 3. 1926.

²³ Národní shromáždění republiky československé v prvním desetiletí [Die Nationalversammlung der tschechoslowakischen Republik im ersten Jahrzehnt]. Praha 1938, 372.

von der Partei kontrollierte Arbeitsämter, parteieigene karitative Einrichtungen, Versicherungen, Banken, Genossenschaften, gewerbliche Hilfsfonds, Bildungseinrichtungen, kulturelle und berufsständische Vereinigungen, Jugend- und Frauenorganisationen, mehrere Gewerkschaften etc.

Es liegt auf der Hand, daß Parteiapparate von solchen Dimensionen einen erheblichen Finanzbedarf entwickelten, der nicht immer nur durch parteieigene Quellen gedeckt werden konnte, und vor allem in diesem Zusammenhang sind die zahlreichen, eben mit der Beschaffung von Geldern für die Parteikassen verknüpften Korruptionsaffären und Finanzskandale zu sehen, die die Erste Republik erlebte²⁴. Wie sehr diese Machinationen andererseits staatlich sanktioniert waren und wie wenig die politischen Führungsschichten ein Bewußtsein von der rechtlichen Differenz zwischen staatlich-öffentlicher und parteipolitischer Sphäre besaßen, zeigt der berühmt-berüchtigte Fall der „polnischen politischen Kohle“²⁵. Bei dieser Affäre ging es darum, daß polnische Kohlenimporte in die ČSR, die seit 1922 unter der Aufsicht des Ministeriums für öffentliche Arbeiten standen und deren organisatorische Abwicklung einer privaten Importgesellschaft übertragen wurde, durch die Verteilung von Einfuhrlicenzen an die politischen Parteien zu einer wichtigen Einnahmequelle für diese wurden, indem der beim Verkauf der Kohle erzielte Gewinn mit Zustimmung des Ministeriums nach einem festen Schlüssel in die Kassen der beteiligten Parteien floß²⁶. Zum öffentlichen Skandal weitete sich die Affäre natürlich nicht aus, da fast alle prominenten Parteipolitiker in die Angelegenheit direkt oder indirekt verwickelt waren und sie höchst diskret zu behandeln wußten: auch ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß vermochte kein Licht in das Dunkel der politischen Kohle zu bringen.

An diese Linie der politischen Kultur der Ersten Republik knüpfte die Nachkriegsrepublik uneingeschränkt an²⁷. Es gibt also keinen Grund, 1945 in diesem Punkt mit einem Traditionsabbruch gleichzusetzen, und dies um so weniger, als die Logik des politischen Schlüssels auch einiges zur Erklärung der Art der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei beitragen kann²⁸. Daß man andererseits mit bloßer moralischer Entrüstung nicht viel erklärt, exerzieren die obenerwähnten neuen Barden der Ersten Republik inzwischen bereits vor: Im kurzfristigen Eifer, die Zwischenkriegsrepublik von den jahrzehntelangen Denuziationen der kommunistischen Historiographie reinzuwaschen, beuten sie das Feld der politischen Skandale und Affären für ihre Zwecke aus, indem sie es – wie gehabt – personalisieren und mit

²⁴ Eine populär geschriebene Einführung in dieses Thema bietet Hrubý, Jiří: Aféry první republiky [Affären der Ersten Republik]. Praha 1984.

²⁵ Sládek, Zdeněk: Polské politické uhlí [Polnische politische Kohle]. SIP 1990, 224–233.

²⁶ D.h. der tschechoslowakischen Agrarpartei, der tschechischen Gewerbspartei, der katholischen Volkspartei, der tschechoslowakischen nationalen Sozialisten, der Tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der national-demokratischen Partei, der slowakischen Volkspartei, der deutschen Agrarpartei, der deutschen Christlich-Sozialen und deutschen Gewerbspartei. Vgl. Sládek: Polské politické uhlí, 227.

²⁷ Vgl. Svobodný zítřek vom 7. 11. 1945 und 15. 8. 1946. – Právo lidu vom 27. 11. 1946.

²⁸ Heumos, Peter: Der Februarumsturz 1948 in der Tschechoslowakei. Gesichtspunkte zu einer strukturgeschichtlichen Interpretation. In: Zeitgeschichte Osteuropas als Methoden- und Forschungsproblem. Hrsg. von Bernd Bonwetsch. Berlin 1984, 121–135 (Osteuropaforschung. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde 13).

denjenigen Skandalen, deren Hintergrund halbwegs geklärt werden konnte, für ein freundliches Erscheinungsbild der politischen Kultur der Ersten Republik werben²⁹.

Bei einem solchen Vorgehen bleibt so ziemlich alles auf der Strecke, was Erkenntnis struktureller Zusammenhänge vermitteln könnte, ganz abgesehen davon, daß damit in naiver Weise alte Denkmuster perpetuiert werden: Mit der Methode des Umkehrschlusses, mit dem Glauben, durch die Verkehrung kommunistischer Positionen in ihr positiv besetztes Gegenteil gelange man wie von allein auf den Pfad der rechten Erkenntnis, kommt man natürlich keinen Schritt weiter³⁰. Ein Beispiel in diesem Zusammenhang ist das Vorwort zu der von Kaplan u. a. herausgegebenen Quellensammlung über die Tschechoslowakei und den Marshallplan³¹. Es steht zunächst außer Zweifel, daß diese Edition, die sich auf Bestände des Staatlichen Zentralarchivs Prag, des Archivs des Außenministeriums der Tschechischen Republik und des Archivs der Föderalen Versammlung der ČSFR stützt, neue Einsichten in das Verhalten der tschechoslowakischen Regierung beim diplomatischen Tauziehen um die Pariser Marshallplan-Konferenz im Juli 1947 und insbesondere in den Verhandlungen mit der sowjetischen Führung bietet. Für die Einschätzung des Marshallplans selbst kann das aber kaum gelten: Nachdem dieser über Jahrzehnte hinweg als Waffe des reaktionären amerikanischen Imperialismus und Bestandteil eines Unterjochungsfeldzuges der Wall Street gegen die jungen Volksdemokratien im östlichen Europa gebrandmarkt wurde³², verwandelt er sich nun in ein quasi-karitatives Unternehmen und jedenfalls in eine Hilfsaktion, deren unpolitischer Charakter noch dadurch betont wird, daß sie in eine Reihe mit den in der Tat nicht mit politischen Klauseln verbundenen UNRRA-Maßnahmen der frühen Nachkriegsphase gestellt wird. Gerade die Strategie der frühen Nachkriegszeit aber sollte sich aus amerikanischer Sicht nicht wiederholen: Clayton, der damalige Staatssekretär für Wirtschaftsfragen, erklärte im Zuge der Vorbereitung des Marshallplans unmißverständlich, daß durch diesen nicht noch einmal amerikanische Geldmittel mit nur unbedeutenden Auflagen ausgegeben werden sollten³³.

²⁹ Vgl. dazu den Artikel von Josef Harna in *Lidové noviny* vom 14. 12. 1993. Harnas Beispiel – die Prášek-Affäre von 1923/24 – ist obendrein unglücklich gewählt, da zur Aufdeckung dieser Korruptionsaffäre nicht unwesentlich beitrug, daß sich der Vorsitzende der tschechoslowakischen Agrarpartei, Švehla, mit Prášek eines Politikers entledigte, welcher der Agrarpartei in mancher Hinsicht nicht zum politischen Vorteil gereichte.

³⁰ Ich nehme an, daß in dieser schlichten gedanklichen Operation die intellektuellen Verwüstungen nachwirken, die der stalinistisch zurechtgestutzte Marxismus mit seiner groben dichotomischen Begriffssprache angerichtet hat. Unübertroffen hierzu immer noch Thompson, Edward P.: *The Poverty of Theory or an Orrery of Errors*. In: *Ders.: The Poverty of Theory & Other Essays*. 4. Aufl. London 1981, 1–210. In der tschechischen Historiographie findet sich eine Reflexion über diesen Punkt nur bei Křen, Jan: *Bílá místa v našich dějinách? [Weiße Flecken in unserer Geschichte?]*. Praha 1990, 104.

³¹ *Československo a Marshallův plán. Sborník dokumentů [Die Tschechoslowakei und der Marshallplan. Eine Quellensammlung]*. Hrsg. von Rudolf Jičín, Karel Kaplan, Karel Krátký und Jaroslav Šilar. Praha 1992 (SUSD 1).

³² Vgl. César, Jaroslav/Snítil, Zdeněk: *Československá revoluce 1944–1948 [Die tschechoslowakische Revolution 1944–1948]*. Praha 1978.

³³ Lundestad, Geir: *Der Marshall-Plan und Osteuropa*. In: *Der Marshall-Plan und die europäische Linke*. Hrsg. von Othmar N. Haberl und Lutz Niethammer. Frankfurt/M. 1986, 59–74.

Clayton knüpfte die Beteiligung der Sowjetunion am europäischen Wiederaufbauprogramm an politische Bedingungen, deren Erfüllung niemand von Moskau erwarten konnte³⁴, während George Kennan, Chef des Policy Planning Staff, für die osteuropäischen Länder (einschließlich der Tschechoslowakei) nicht minder eindeutig feststellte, daß diese nur dann in das Wiederaufbauprogramm einbezogen werden würden, wenn sie auf die „einseitige Orientierung ihrer Wirtschaft“ verzichteten³⁵. Als George Marshall am 5. Juni 1947 seine berühmte Rede an der Harvard-Universität hielt, lag ihm ein Text vor, der sich im wesentlichen auf die Überlegungen Claytons und Kennans gründete³⁶.

Das Spiel mit dem Vorzeichenwechsel funktioniert also nicht, so sehr der Zeitgeist heute, unter gewandelten politischen Umständen, eine positive Bewertung des Marshallplanes nahelegen mag. Um von Denkmustern herunterzukommen, bei denen man zumindest indirekt noch immer im Bann der überlieferten Schemata bleibt³⁷, müßten im vorliegenden Fall Fragestellungen entwickelt werden, die den Marshallplan unter weit mehr Aspekten beleuchten, als dies bisher getan worden ist³⁸; so ließe sich die plakative Eindimensionalität überwinden, die diesem Komplex in der tschechoslowakischen bzw. tschechischen Historiographie trotz wechselnder Signaturen immer noch anhaftet. Dabei wäre überhaupt erst einmal zwischen dem ökonomischen und dem außen- und machtpolitischen Aspekt zu unterscheiden. Während das Gewicht des letzteren nicht zu bestreiten ist, nachdem Stalins Veto gegen die Teilnahme der Tschechoslowakei an der Pariser Marshallplan-Konferenz den Tatbestand der eingeschränkten Souveränität des Landes klargestellt hatte, können die bisherigen Analysen des ökonomischen Aspekts nicht überzeugen. Und wie sollten sie auch, wenn ihr politischer Tribut an den Gegenstand so unkontrolliert in die Sache selbst eingeht: Unter kommunistischer Herrschaft stand fest, daß sich der nationalisierte Sektor der ČSR im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen 1945 und 1948 bereits als überlegen erwiesen hatte, der Marshallplan daher nur eine zukunftssträchtige Perspektive vernichten konnte, die im übrigen – sollte es zu Schwierigkeiten kommen – durch die „brüderliche“ Hilfe Moskaus stabilisiert wurde³⁹. In Zeiten des

³⁴ Ebenda 63.

³⁵ Ebenda 61 und 63. Der amerikanische Botschafter in der Tschechoslowakei, Steinhardt, bot der tschechoslowakischen Regierung am 13.7.1947 einen Kredit von \$ 80 Millionen unter der Bedingung an, daß die Tschechoslowakei Korrekturen an ihrer Verstaatlichungspolitik vornehmen würde. Vgl. Foitzik, Jan: Die Bildung des Kominform-Büros 1947 im Lichte neuer Quellen. ZfG 40 (1992) 1109–1126, hier 1122–1123.

³⁶ Lundestad: Der Marshall-Plan, 65.

³⁷ Vgl. dazu die Bemerkungen in Am. 30.

³⁸ So wäre es aufschlußreich, der Frage nachzugehen, ob die ursprüngliche Bereitschaft der tschechoslowakischen Kommunisten, die Tschechoslowakei am Marshallplan zu beteiligen, mit der Absicht zusammenhing, die Erfüllung des damals laufenden Zweijahresplans abzusichern und damit die Reproduktionsfähigkeit eines ökonomischen Mischsystems (nationalisiertes, genossenschaftliches und privates Eigentum) zu dokumentieren, was aber implizit die Entscheidung für einen „nichtsowjetischen“ Weg zum Sozialismus vorausgesetzt hätte.

³⁹ Als ein Beispiel: Vznik a vývoj lidově demokratického Československa. Sborník statí [Entstehung und Entwicklung der volksdemokratischen Tschechoslowakei. Eine Sammlung von Aufsätzen]. Praha 1961.

„demokratischen Sozialismus“, also im Umkreis des Jahres 1968, bezog die wirtschaftliche Situation in den Jahren 1945–1948 trotz fehlender Marshallplan-Hilfe ihren historiographischen Glanz daraus, daß Wirtschaft und Gesellschaft noch nicht völlig von den Kommunisten beherrscht wurden⁴⁰. Die postkommunistische Geschichtswissenschaft entwirft für den Zeitraum 1945–1948 ein sich zumindest ankündigendes Katastrophenszenario, das – so suggeriert es das Vorwort zu der oben-erwähnten Edition – nur durch amerikanische Hilfe abgewendet werden konnte.

Ein erheblicher Teil der Publikationen des Prager *Ústav pro soudobé dějiny* betritt mit der Aufarbeitung der fünfziger Jahre unbeackerten Boden und braucht sich daher mit dem Erbe, das die kommunistische Historiographie hinterlassen hat, so gut wie gar nicht herumzuschlagen. Zu diesen Untersuchungen gehören von den hier rezensierten Heften des *Ústav pro soudobé dějiny* die von Kaplan besorgte Edition der Normen, Vorschriften, Richtlinien und Beschlüsse zum Nomenklatur-System der KPTsch in den Jahren 1948–1956⁴¹, Kaplans Studie über die tschechoslowakischen Zwangsarbeitslager im Zeitraum 1948–1954⁴², die Abhandlung von Jiří Bílek über die technischen Hilfsbataillone in der tschechoslowakischen Armee bis zur Mitte der fünfziger Jahre⁴³ und der Beitrag von Štefan Šutaj über die 1949 angeordnete, dann aber nicht konsequent durchgeführte Umsiedlung von Ungarn aus der Südslowakei nach Böhmen⁴⁴.

Mit diesen Arbeiten werden Teilaspekte des tschechoslowakischen kommunistischen Herrschaftssystems erschlossen, über die die Öffentlichkeit zwar spätestens nach 1989 vor allem durch eine Reihe von Presseartikeln im großen und ganzen informiert wurde, die aber in den vorliegenden Studien zum erstenmal unter Verwendung der einschlägigen Archivbestände quellennah und außerordentlich detailreich dargestellt werden.

Als sehr nützlich für die Forschung sollte sich Kaplans Edition der normativen Quellen zur kommunistischen Nomenklatur in der frühen Phase der Herrschaftssicherung des Regimes erweisen. Neben ersten quantitativen Angaben – bis zum Jahre 1956 betrafen die Kaderregelungen der KPTsch etwa 220–250 000 Funktionäre der Partei – wird eine systematische Auswertung dieser Quellen vor allem Rückschlüsse darauf erlauben, auf welchen Ebenen des Staats- und Parteiapparats, der gesellschaftlichen Organisationen (Gewerkschaft, Massenverbände etc.), der Wirtschaft und der

⁴⁰ K o s t a, Jiří: *Abriss der sozioökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei 1945–1977*. Frankfurt/M. 1978.

⁴¹ K a p l a n, Karel (Hrsg.): *Kádrová nomenklatura KSČ 1948–1956. Sborník dokumentů* [Die Kader-Nomenklatur der KPTsch 1948–1956. Eine Dokumentensammlung]. Praha 1992 (SÚSD 2).

⁴² K a p l a n, Karel: *Tábory nucené práce v Československu v letech 1948–1954* [Die Zwangsarbeitslager in der Tschechoslowakei 1948–1954]. In: SÚSD 3, 77–195.

⁴³ B í l e k, Jiří: *Pomocné technické prapory 1950–1954. Vznik, vývoj, organizace a činnost* [Die technischen Hilfsbataillone 1950–1954. Entstehung, Entwicklung, Organisation und Tätigkeit]. In: SÚSD 3, 7–75.

⁴⁴ Š u t a j, Štefan: *„Akcia Juh“*. *Odsun Maďarov zo Slovenska do Čiech v roku 1949* [„Aktion Süden“. Die Aussiedlung von Ungarn aus der Slowakei nach Böhmen im Jahr 1949]. Praha 1993 (SÚSD 8).

Verwaltung die KPTsch den Ausbau ihrer Macht zumindest der Intention nach besonders rasch vorangetrieben hat. Auch für den Vergleich mit Strategien kommunistischer Herrschaftssicherung in den anderen Volksdemokratien dürfte dieser Quellenfundus viele Ansatzpunkte bieten.

Die Praxis des kommunistischen Machterwerbs nach 1948 unter dem speziellen Gesichtspunkt des Terrors der Partei- und Staatsorgane gegen die vermeintlichen oder tatsächlichen politischen Gegner des Regimes beschreiben die drei o. g. Arbeiten. Kaplan zeigt in seiner Untersuchung der Zwangsarbeitslager, deren gesetzliche Voraussetzungen schon im Oktober 1948 geschaffen wurden, daß die ursprüngliche Absicht der KPTsch-Führung, ein Netz von Zwangsarbeitslagern für 30 000 Personen zu errichten, dessen Aufnahmekapazität sich gegebenenfalls verdreifachen ließ, ebenso scheiterte wie der 1949 lancierte Plan der „Säuberung der Großstädte von der Reaktion“, der die Einweisung von 150 000 Personen in Zwangsarbeitslager vorsah. Unklare Kompetenzverteilung, bürokratische Gleichgültigkeit auf den unteren Ebenen des Parteiapparats, Interessenkollisionen zwischen den verschiedenen Erfassungskommissionen und die fehlgeschlagene Mobilisierung der Bevölkerung für die namentliche „Enthüllung“ des „Klassenfeindes“ führten 1953 zum faktischen Abbruch der Einweisungsaktionen. Die Zahl derjenigen, die unter den unmenschlichen Verhältnissen der Zwangsarbeitslager ihr Leben fristen mußten, lag insgesamt bei 22–23 000 Personen. Zwischen 70 und 80 Prozent von ihnen waren Arbeiter, Angestellte, kleine Gewerbetreibende und Bauern – das genaue soziale und politische Gegenteil der Gruppen, die das ZK der KPTsch und der Staatssicherheitsdienst unter der Signatur „Dorfbonzen“, „Großindustrielle“, „reaktionäre Politiker“ und „bourgeoise Elemente“ in die Lager eingewiesen sehen wollten.

Die Anfänge der technischen Hilfsbataillone in der tschechoslowakischen Armee, denen Bílek eine materialreiche Abhandlung widmet, liegen ebenfalls in den ersten Monaten nach dem Februarumsturz 1948. Mit diesen Sondereinheiten sollte das Problem der Eingliederung politisch „unzuverlässiger“ Wehrpflichtiger in die Armee gelöst werden: In den technischen Hilfsbataillonen wurden diejenigen Wehrdienstleistenden zusammengefaßt, die für die politische „Umerziehung“ bestimmt waren und mit der Masse der Soldaten nicht in Berührung kommen sollten. Auch im Falle der technischen Hilfsbataillone wurde dabei freilich die „klassenpolitische“ Zielsetzung unterlaufen, denn während die Heeresleitung durch besondere Überprüfungskommissionen bei den einzelnen Truppenteilen vor allem „Söhne von Großgrundbesitzern, Fabrikanten, Großhändlern und anderen Ausbeutern“ für den Dienst in den Bataillonen aussieben wollte, bildeten am Ende Arbeiter und Kleinbauern, ferner Priester, Ordensbrüder und Seminaristen den sozialen Kern dieser Sondereinheiten. Wie die Insassen der Zwangsarbeitslager wurden die Mitglieder der technischen Hilfsbataillone für die Arbeit in volkswirtschaftlich wichtigen Bereichen eingesetzt, zumal im Bergbau, im Bauwesen sowie in der Land- und Forstwirtschaft. Die Lebensbedingungen der „militärischen Zwangsarbeiter“ waren elend genug, wobei Bílek allerdings die Auffassung vertritt, daß sie insgesamt besser waren als in Zwangsarbeitslagern.

Eine dritte Variante des Terrors gegen den „Klassenfeind“ analysiert Šutaj in seinem Beitrag über die „Aktion Süden“, wie die 1949 versuchte Aussiedlung von Ungarn

aus der Slowakei nach Böhmen von den Parteibürokraten bezeichnet wurde. Die Umsiedlung von Ungarn aus den an Ungarn grenzenden slowakischen Gebieten in die böhmischen Länder hatte bereits 1945 begonnen. Auf der Grundlage des Präsidialdekrets Nr. 88/1945 wurden zwischen November 1946 und Februar 1947 rund 44 000 Ungarn unter z. T. dramatischen Umständen in die Grenzgebiete der böhmischen Länder transportiert; diese Aktion stand im Zeichen der „inneren Kolonisierung“, die mit der Aussiedlung der Deutschen notwendig wurde, und betraf in erster Linie Angehörige der ungarischen Unterschichten. Nach der kommunistischen Machtübernahme knüpfte das ZK der Kommunistischen Partei der Slowakei an diese Maßnahme unter veränderten Vorzeichen an: Im Rahmen der These der kommunistischen Führung von der allgemeinen Verschärfung des Klassenkampfes und der politischen Konflikte mit „staatsfeindlichen“ Elementen, doch auch unter dem Zwang, die ohne Zustimmung der Behörden in die Slowakei zurückkehrenden Ungarn, die vor 1948 nach Böhmen umgesiedelt worden waren, existenziell absichern zu müssen, sollten im Herbst 1949 über 800 Familien aus den ungarischen Mittelschichten der Südslowakei (Bauern mit mehr als 15 ha, Gewerbetreibende, Handwerker, Angehörige der Intelligenz) und ein Teil derjenigen Ungarn, die während des Zweiten Weltkriegs „schwere Schuld gegenüber der Tschechoslowakei“ auf sich geladen hatten, nach Böhmen deportiert werden. Der Plan scheiterte: am Widerstand der Betroffenen, die in großer Zahl aus den Sammellagern entflohen, am Protest der lokalen Selbstverwaltung, am Einspruch des ZK der KPTsch, das die slowakische Praxis des Umgangs mit dem „Klassenfeind“ kritisierte, da sich unter den abzuschiebenden Ungarn zahlreiche Arbeiter und Bauern mit weniger als 5 ha Land befanden, schließlich offenbar auch an der Kritik der Genossen in Budapest.

Alle drei Abhandlungen stellen ihren Untersuchungsgegenstand in den Zusammenhang des Aufbaus eines zentralistischen Machtapparats und der Formierung eines totalitären Regimes, alle drei Abhandlungen präsentieren aber zugleich eine Fülle von Material, das auf alles andere als totalitäre Verhältnisse schließen läßt. Um nicht falsch verstanden zu werden: Ich relativiere Terror und Unmenschlichkeit nicht, doch dieser Terror war nicht Ausdruck eines geschlossenen und effektiven Herrschaftssystems mit einem hohen Potential ubiquitär verfügbarer Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit, dessen geballte Kraft treffsicher gegen bestimmte soziale Gruppen gerichtet werden konnte. Was uns alle drei Arbeiten vor Augen führen, ist vielmehr ein Konglomerat von neben- oder untergeordneten Machtzentren, deren eigene Strategien mit denen anderer Machtzentren oder Teilstrukturen des Herrschaftsapparats nicht oder nur notdürftig koordiniert werden konnten, und zwar auch in den Fällen, wenn es sich um politische Aufgabenstellungen von grundlegender Bedeutung für das gesamte Staats- und Gesellschaftssystem handelte. Das beste Beispiel hierfür ist die von allen drei Autoren im Detail geschilderte „Jagd nach dem Klassenfeind“, wobei die Zielsetzungen der Führungsspitze der KPTsch entweder im bürokratischen Sumpf untergeordneter Partei- und Verwaltungsorgane versickerten⁴⁵ oder in ihr genaues Gegen-

⁴⁵ Bílek: Pomocné technické prapory, 39–40.

teil verkehrt wurden⁴⁶, gelegentlich aber auch schlicht und einfach am Resistenzverhalten der betroffenen Bürger scheiterten⁴⁷.

Man wird einwenden, daß sich das kommunistische System in dem Untersuchungszeitraum, um den es hier geht, erst etablierte, seine Desorganisation also als „Kinderkrankheit“ zu bezeichnen wäre. Lernprozesse des Systems, Versuche, aus seinen Unzulänglichkeiten (wie immer sie definiert sein mochten) Konsequenzen zu ziehen, führten aber – wie Kaplan zeigt⁴⁸ – oft in neue Aporien, und ich würde die These wagen, daß eine Analyse der Machtmechanismen des kommunistischen Regimes der Tschechoslowakei in den siebziger oder achtziger Jahren im Grundsätzlichen nicht beträchtlich von dem realistischen Bild abweichen würde, das die drei Autoren zeichnen, sieht man einmal von dem Komplex „physischer Terror“ ab, der im Instrumentarium kommunistischer Politik immer weniger Verwendung fand. Die Lern- und Korrekturfähigkeit des Systems war zudem bis zu seinem Untergang erheblich reduziert: Kernmerkmale sozialer Subjektivität und gesellschaftlicher Handlungskompetenzen wie die Ausbildung und öffentliche Artikulierung von Interessen, reflexive Willensbildungsprozesse und Aushandlungsstrategien wurden zugunsten der Fixierung auf abstrakt-unvermittelte „Zielgrößen“ und den Mythos eines die „wirklichen“ Interessen aller vertretenden Gesamtsubjekts amputiert und konnten daher nicht in Lernprozessen an der Realität abgearbeitet werden.

Wenn man dafür eintritt, das ebenso plakative wie analytisch unergiebig Totalitarismus-Konzept aufzugeben, und dies vor allem deshalb, weil es Wahrnehmungsbarrieren errichtet und zu rasch eine Geschlossenheit des untersuchten Objekts voraussetzt, die selbst erst Gegenstand der Analyse sein müßte⁴⁹, so ist man – wie ich hoffe – nicht verpflichtet, im gleichen Atemzug ein umfassendes Alternativkonzept vorzulegen. Ich beschränke mich daher auf drei Bemerkungen, die das Problem natürlich bei weitem nicht erschöpfen.

Kaplan, Bílek und Šutaj breiten eine Fülle von Material aus, dem entnommen werden kann, daß sich viele Teilbereiche des politischen und des administrativen Institutionensystems nach 1948 ein Selbstverständnis bewahrten, das den politischen Zielvorstellungen und ideologischen Konzepten der KPTsch-Spitze durchaus nicht korrespondierte: Die „basisdemokratische“ Selbsteinschätzung der Nationalaus-

⁴⁶ Kaplan: *Tábory nucené práce*, 137.

⁴⁷ Šutaj: „*Akcia Juh*“, 51–52.

⁴⁸ Kaplan: *Tábory nucené práce*, 114ff.

⁴⁹ Die Forschung zum Nationalsozialismus hat bekanntlich überwiegend längst Abschied vom Totalitarismus-Konzept genommen. In der tschechischen Geschichtswissenschaft hat Svátek vor kurzem die Diskussion über dieses Konzept eröffnet und dabei – wenn ich richtig sehe – durchaus eine kritische Position bezogen. Vgl. Svátek, František: *Koncept totalitarismu a historikova skepsis. Poznámky o politické a historiografické diskusi* [Das Konzept des Totalitarismus und die Skepsis des Historikers. Bemerkungen zur politischen und historiographischen Diskussion]. In: *Stránkami soudobých dějin*, 29–60. – Zur methodischen Problematik gesamtgesellschaftlicher Analysen, die „Gesellschaft“ schon als ein System vollständiger Interdependenzen voraussetzen, s. Berger, Peter/Luckmann, Thomas: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt/M. 1987.

schüsse⁵⁰, die Bereitschaft der Präsidialkanzlei, sich verfolgter „bourgeoiser Elemente“ anzunehmen⁵¹, die offenkundigen Interessendivergenzen zwischen den ministeriellen Ressorts⁵² und eine gewisse Distanz zur politischen Indienstnahme der Armee in Teilen des Offizierskorps⁵³ seien hier nur als einige wenige Beispiele genannt. Die Untersuchung einzelner institutioneller Bereiche über längere Zeiträume hinweg könnte zeigen, ob sich aus solchen verstreuten, allerdings zahlreichen Manifestationen eines institutionellen Eigenbewußtseins ein Spektrum unterschiedlicher Interessenlagen mit einer gewissen Eigendynamik entwickelt hat, dessen genauere Kenntnis es auch ermöglichen würde, spätere Kurswechsel und Reformansätze der KPTsch besser zu verstehen als bisher. Ein solches Konzept, das bei der Analyse kommunistischer Systeme ja längst üblich ist und schon einigen Erkenntnisgewinn abgeworfen hat, schiene mir jedenfalls sinnvoller als ein Interpretationsansatz, der mit dem Verdikt über kommunistische Diktaturen regelmäßig in eine überschwengliche Stilisierung von Demokratie zu verfallen pfl egt⁵⁴.

Die drei o. g. Autoren halten sich an einen Machtbegriff⁵⁵, der problematisch ist und erkennen läßt, daß das Thema „Macht“ im gesamten institutionalisierten öffentlichen Bewußtsein vor 1989 mehr oder weniger tabuisiert wurde; an die Analyse aktueller Machtstrukturen war von vornherein nicht zu denken. Mein Einwand gilt zunächst der Tatsache, daß Macht in den drei vorliegenden Studien vornehmlich als „Technik des Machterwerbs“ durch die großen Apparate verstanden wird – mit der Konsequenz einer absoluten Dominanz von Quellen, die über die „Machtabichten“ der Führungskader Auskunft geben, auch wenn deren Intentionen konterkarierende Strukturen in den Blick kommen. Dies führt auf den zweiten Einwand, nämlich auf die fehlende Unterscheidung zwischen Macht und legitimer Herrschaft, d. h. jene komplementären gesellschaftlichen Bedingungen, die Machtausübung bzw. Machterwerb durch die KPTsch zwanglos sanktionierten. Kaplan zeigt, daß die Partei durchaus glaubte, ihre Herrschaft legitimierten zu müssen: Die Kampagne zur „Säuberung der Großstädte von der Reaktion“ (s. o.) wurde auch deshalb abgebrochen, weil massenhafte Zustimmung der Bevölkerung dafür nicht zu haben war⁵⁶. Bílek thematisiert diese Frage nur ganz am Rande, indem er darauf hinweist, daß die Mitglieder der technischen Hilfsbataillone in der Öffentlichkeit (u. a. bei Tanzveranstaltungen, in öffentlichen Verkehrsmitteln) häufig „Angriffen“ ausgesetzt waren⁵⁷, der kommunistische Terror in diesem Bereich von der Bevölkerung also keineswegs durch-

⁵⁰ Š u t a j: „Akcja Juh“, 52.

⁵¹ K a p l a n: Tábory nucené práce, 125, Anm. 81.

⁵² E b e n d a 41–42.

⁵³ B í l e k: Pomocné technické prapory, 18, Anm. 29.

⁵⁴ Vgl. dazu die holzschnittartigen Thesen bei B r o k l, Lubomír: Der Übergang der tschechoslowakischen Gesellschaft vom totalitären Staat zur politischen Demokratie. Theoretische Approximation. In: Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß. Erfahrungen, Ansätze, Analysen. Hrsg. von Michael T h o m a s. Berlin 1992, 220–238.

⁵⁵ Mit den folgenden Bemerkungen beziehe ich mich auf ein Gespräch mit meinem Kollegen Robert Luft, das zur genaueren Formulierung des Sachverhalts beigetragen hat.

⁵⁶ K a p l a n: Tábory nucené práce, 135.

⁵⁷ B í l e k: Pomocné technické prapory, 50, Anm. 128.

gänglich als solcher rezipiert wurde. Erst die genaue Analyse des gesellschaftlichen Kontextes, in den terroristische und Gewaltmaßnahmen der KPTsch eingelassen waren, wird die Differenzierung zwischen illegitimem und legitimem kommunistischen Machterwerb ermöglichen und damit auch etwas über die sozialen Mechanismen von Herrschaftsstabilisierung aussagen, die in einem realistischen Bild des kommunistischen Systems in der Tschechoslowakei nicht einfach ausgeblendet werden können.

Drittens schließlich erscheint es mir fraglich, ob man bei der Kritik des kommunistischen Systems und zumal bei der Kritik der für dieses System typischen Organisation seiner Machtressourcen mit dem Begriffspaar „Zentralisierung“ und ihrem positiven Gegenpol „Dezentralisierung“ wirklich weiterkommt. Daß dieses Begriffspaar die Geschichte der kommunistischen Regime und ihrer Krisen von Anfang bis zum Ende begleitet hat und gerade auch in der Tschechoslowakei in der Umbruchsphase von 1968 zur globalen Erklärungsformel für nahezu alle strukturellen Defizite der alten und die erhofften Vorzüge der neuen Gesellschaftsordnung avancierte⁵⁸, macht sein rasches Verschwinden allerdings nicht wahrscheinlich. Dies ändert nichts daran, daß dieses Begriffspaar nicht als Schlüssel für die Analyse, sondern durchweg bloß als Codewort für eingeweihte Anspielungen fungiert. Es mag sein, daß die Sozialwissenschaftler irgendwann einmal auf die Idee kommen werden, die kommunistischen Systeme als den großangelegten (und vergeblichen) Versuch zu interpretieren, die Entwicklungslogik sozialer Systeme in einem entscheidenden Punkt zu unterlaufen bzw. umzubiegen: nämlich anzunehmen, daß in funktional weitgehend differenzierten und sich – im Sinne einer evolutionären Konstante – immer weiter differenzierenden Gesellschaften diejenigen Vorgänge, die in spezialisierten und zunehmend autonomen Teilsystemen ablaufen, noch einmal durch diskursive Rechtfertigung (durch den Rückgriff auf eine Wahrheit und eine gemeinsame Überzeugung) rückgekoppelt und integriert werden könnten, ohne die Funktionsfähigkeit dieser Gesellschaften aufs Spiel zu setzen⁵⁹. Untersuchungen dieser Art würden die schlichte Dichotomie von Zentralisierung und Dezentralisierung überflüssig machen. Meine Anregung ist zunächst nur, daß sich Untersuchungen der Macht- und Herrschaftsstrukturen kommunistischer Systeme einer distanzierten Begrifflichkeit bedienen, die auf Anschlüsse nach außen und vielseitige Verwendbarkeit der Begriffe Wert legt. Wenn man beispielsweise Religionen unmittelbar mit Bezug auf Heiliges, Numinoses und Übermächtiges definiert, kommt man dem Gegenstand zu rasch zu nahe, so daß eine Art Kurzschluß entsteht. Wer den zentralistischen Charakter des kommunistischen Systems an dezentralisierenden Ordnungsvorstellungen mißt, greift noch viel kürzer, weil er damit obendrein im Banne des deklarierten Selbstverständnisses dieses Systems (Zentralismus als politischer Grundwert) bleibt und sich die Möglichkeit verbaut, den

⁵⁸ Die wichtigste Zusammenfassung der damaligen Diskussionen findet sich bei Richta, Radovan u. a.: *Civilization at the Crossroads: Social and human implications of the scientific and technical revolution*. Third edition. Prague 1969.

⁵⁹ Zu diesem Konzept vgl. Luhmann, Niklas: *Legitimation durch Verfahren*. Neuwied 1969.

Abstraktionsgrad der Analyse über die vom Untersuchungsgegenstand selbst schon mitgeteilten definitorischen Kategorien hinaus zu erhöhen⁶⁰.

Man kann diesen Punkt nicht genug hervorheben. Denn das Problem der begrifflichen Distanzlosigkeit taucht nicht nur im Zusammenhang mit Untersuchungen des kommunistischen Regimes auf, wo es noch einigermaßen verständlich sein mag angesichts der zeitlichen Nähe selbst erlebter Vergangenheit und der noch immer präsenten Folgeprobleme jenes Regimes. Es prägt die tschechische zeitgeschichtliche Forschung massiv auch dort, wo eine distanzierte Begrifflichkeit, und das soll heißen: Weite und Ungetrübtheit der historischen Wahrnehmung zwanglos Platz greifen könnten. Daß die Geschichte der Ersten Tschechoslowakischen Republik, auf die abschließend noch einmal eingegangen werden soll, nach 1989 historiographisch tendenziell aufgewertet werden würde, war zu erwarten, denn die Rückkehr auf den „eigentlichen Pfad der Geschichte“ bedurfte eines sicheren Anknüpfungspunktes. Die bisherigen Methoden, sich dieses Anknüpfungspunktes zu vergewissern, halte ich für bedenklich (s. o.). Wenn die weitverbreitete Rede vom „Erbe der Ersten Republik“, das man nach 1989 angetreten habe⁶¹, mehr sein soll als die unverbindliche Simulation von Vergangenheitsfragmenten, wenn dieses Erbe vielmehr für die heutige tschechische Gesellschaft einen Sinn machen soll⁶², dann müßte doch zumindest dies einleuchten: Aneignung von Traditionen wird nur in dem Maße fruchtbar für die gegenwärtige Situation, als das Zukunftsträgige der Vergangenheit energisch vom mitgeschleppt Apologetischen geschieden wird.

Die 1992 im Prager Soziologischen Verlag erschienene Untersuchung von Eva Broklová zum politischen System der ČSR⁶³ eignet sich deshalb zur Illustration der Probleme des Neuanfangs in der zeitgeschichtlichen Forschung und speziell der Forschung zur Ersten Republik, weil der Anspruch der Autorin zu einer strukturgeschichtlich orientierten Konzeption und damit überhaupt erst zu Fragestellungen zwingt, über die zu diskutieren sich lohnt: Mit der Analyse des gesamten politischen Systems der ČSR sollen zugleich dessen Besonderheiten im internationalen Vergleich herausgearbeitet werden.

Über die Beschreibung, Untersuchung und Beurteilung des politischen Systems hinaus enthält Broklovás Arbeit auch eine knappe Darstellung des Nationalitätenproblems, kurze Passagen über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie ein Kapitel über die Außenpolitik der ČSR, das allerdings nur als Aufhänger dient, um Zitate zu den (von niemandem bezweifelte) friedlichen Absichten der Republik auf internationaler Ebene aneinanderzureihen. Gerade die Ausweitung der Unter-

⁶⁰ Das Problem ist alt. In seiner Abhandlung über *The Advancement of Learning* (1605) schreibt Francis Bacon: „For as water will not ascend higher than the level of the first spring-head from whence it descendeth, so knowledge derived from Aristotle, and exempted from liberty of examination, will not rise again higher than the knowledge of Aristotle.“

⁶¹ Vgl. dazu den Zeitungsartikel von Josef Harna, auf den in Anm. 17 hingewiesen wird.

⁶² Wie dies andere Historiker, beispielsweise Křen, nachdrücklich und nicht nur für die historische Hinterlassenschaft der Ersten Republik fordern. Vgl. Křen: *Bílá místa*, 102 ff.

⁶³ Broklová, Eva: *Československá demokracie. Politický systém ČSR 1918–1938* [Die tschechoslowakische Demokratie. Das politische System der ČSR 1918–1938]. Praha 1992. Der Text entstand 1967 und wurde 1990 in überarbeiteter Form als Dissertation verteidigt.

suchung über den politischen Bereich hinaus hätte zusätzlich Chancen eröffnet, integrierende Fragestellungen an den Gegenstand heranzutragen. Diese Chancen wurden nicht genutzt: Während die kapitelweise nach der Gliederungssystematik traditioneller „staatswissenschaftlicher“ Lehrbücher abgehandelten Teilbereiche des politischen Systems – Verfassung, Regierung, Parlament, Wahlsystem, Parteienwesen etc. – ohnehin bloß assoziativ verknüpft, jedenfalls nicht systematisch aufeinander bezogen werden⁶⁴, hängen die Skizzen der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse völlig in der Luft⁶⁵. Dabei hätten sich im Zusammenhang mit den Betrachtungen über die „Krise der Demokratie“ in den dreißiger Jahren mühelos Ansatzpunkte ergeben, um die sozioökonomische mit der politischen Ebene sinnvoll zu verbinden: Ein genauere Blick auf das für die Erste Republik charakteristische politische Konfliktregelungsmuster des Junktum, auf das Broklová hinweist⁶⁶, hätte der Autorin gezeigt, daß auf diesem Wege nur punktuelle, weil nicht mehrheitsfähige Interessen alliiert werden konnten. Mit der Weltwirtschaftskrise und der Ausuferung sozialer und wirtschaftlicher Probleme erwies sich dieses Verfahren als völlig unzureichend: Das parlamentarische System scheiterte mithin auch an der zu geringen „Problemlösungskapazität“ seiner tradierten und auch in der Krise nicht grundsätzlich veränderten Form des gesellschaftlich-politischen Interessenausgleichs. Statt einer solchen These, die grundlegende Strukturmerkmale der Ersten Republik erfassen würde und sich außerdem empirisch gut überprüfen ließe, bietet Broklová als Erklärung für die Krise der dreißiger Jahre in der Tschechoslowakei Orakelsprüche an, deren Entzifferung dem Leser doch einiges Kopfzerbrechen und gegebenenfalls politische Bauchschmerzen bereiten wird: Der „Massenstaat“ habe an die parlamentarische Demokratie Anforderungen gestellt, die diese nicht erfüllen konnte; die Demokratie habe zwar „breiten undemokratischen Massen“ den „Eintritt in die Geschichte“ ermöglicht, doch sei die Gesellschaft darauf ökonomisch nicht vorbereitet gewesen⁶⁷. Verwirrung stiftet darüber hinaus vor allem, daß bestimmte Bewertungen, Urteile und Einschätzungen im Gang der Untersuchung nicht durchgehalten werden; dies gilt beispielsweise für den

⁶⁴ So gehören etwa die von der Verfasserin so beklagten autoritären Binnenstrukturen der politischen Parteien funktional zur Art der Regierungsbildung und sind nicht Ausdruck persönlicher Defizite dieses oder jenes Parteiführers. Wenn das politische System der ČSR nach Broklová ständig unter dem Druck stand, gegen die illoyale Opposition von links (KPTsch) und von rechts (radikale autonomistische Gruppierungen der Deutschen und Slowaken) eine breite Koalition der Demokraten aufbieten zu müssen und wenn dabei – wiederum nach Broklová – jeweils aufs neue die Existenz der Republik auf dem Spiel stand, dann mußten die demokratischen Parteien wohl oder übel an die Kandare genommen werden; dies zeigt ja auch der Fraktionszwang im Parlament.

⁶⁵ Es sei denn, man folgt den Kategorien Broklovás, die den sozialen und wirtschaftlichen Bereich unter dem Stichwort „Durchsetzung demokratischer Grundsätze auf nichtpolitischen Gebieten“ zusammenfaßt. Den hohen Beliebigkeitsgrad bei der Auswahl ihrer Fakten für diese oder jene These demonstriert die Autorin dabei für den agrarischen Bereich mit dem Hinweis auf das Genossenschaftswesen, schweigt sich aber über die Disparitäten der Grundbesitzverteilung (zumal in der Slowakei und in Karpatenrußland) vorsichtshalber aus.
E b e n d a 137.

⁶⁶ E b e n d a 90.

⁶⁷ E b e n d a 100 und 146.

Stellenwert, der den politischen Parteien im gesellschaftlich-politischen Rahmen der Zwischenkriegsrepublik zugeschrieben wird. Während die „Parteiendiktatur“ zunächst für ernste Mängel der demokratischen Verhältnisse in der Ersten Republik verantwortlich gemacht wird⁶⁸, bleibt später ein Quellenzitat unkommentiert, das das genaue Gegenteil behauptet⁶⁹. Einige Seiten weiter wird den Parteien erneut Schuld an der „Vernichtung“ der Demokratie in der Tschechoslowakei angelastet⁷⁰, in der abschließenden Zusammenfassung dann aber wieder behauptet, daß die Bereitschaft der Führer der politischen Parteien zum Konsensus ein stabilisierender Faktor der Ersten Republik gewesen sei⁷¹.

Daß die Autorin Schwierigkeiten damit hat, das Material zu ihrem Thema konzeptionell aufzubereiten, wird vollends dort deutlich, wo es um den in der Einleitung angekündigten Vergleich mit der Entwicklung in anderen Staaten geht, bei dem man nun in der Tat nicht um eine systematisierende Betrachtungsweise herumkommt. Abgesehen von gelegentlichen knappen Verweisen auf den französischen Parlamentarismus⁷², kurzen Ausflügen in die Gedankenwelt Mussolinis⁷³ und einer Tabelle zur parlamentarischen Vertretung oppositioneller („nichtstaatstragender“) Parteien in Belgien, Holland, der Weimarer Republik und der Tschechoslowakei⁷⁴, deren sachlicher Bezug zum Text mir auch bei mehrmaligem Lesen nicht aufgegangen ist, dient die „Internationalisierung“ des Untersuchungsgegenstandes entweder dazu, wohlwollende Urteile ausländischer Beobachter über bestimmte politische Strukturen der Ersten Republik zu zitieren⁷⁵, oder darauf hinzuweisen, daß es anderswo auch nicht besser gewesen sei. Letzteres gilt etwa für die Versuch, die *Pětka* in das politische System der ČSR einzuordnen, wobei sich die Autorin in ihrem Urteil nicht ganz sicher ist⁷⁶ und die Diskussion darüber mit der Feststellung beendet, schließlich habe es auch in anderen Ländern derartige außerparlamentarische Gremien gegeben⁷⁷.

Was sich hier andeutet, wird an anderer Stelle sehr viel deutlicher. Broklovás Apologetik, die sich durch das ganze Buch zieht, hat zwar gelegentlich durchaus komische Züge, wenn etwa Bechyněs Wort von der „nationalen Katastrophe“ der Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei während der Weltwirtschaftskrise pedantisch dahingehend korrigiert wird, daß es sich ja bei der Massenarbeitslosigkeit keineswegs um eine nationale, vielmehr internationale Katastrophe gehandelt habe⁷⁸. Weniger komisch wird die Sache aber u. a. bei der Behandlung der slowakischen Frage, wo die Verfasserin glaubt, der Kritik an der Politik der Tschechen gegenüber Bratislava dadurch den Wind aus den Segeln nehmen zu können, daß sie den Slowaken vorhält,

⁶⁸ Ebenda 74.

⁶⁹ Ebenda 103.

⁷⁰ Ebenda 145–146.

⁷¹ Ebenda 150.

⁷² Ebenda 100.

⁷³ Ebenda 103.

⁷⁴ Ebenda 42.

⁷⁵ Ebenda 26.

⁷⁶ Ebenda 46 und 150.

⁷⁷ Ebenda 45.

⁷⁸ Ebenda 141–142.

im Zusammenhang mit der „Entmagyarisierung“ der Slowakei selbst eine Diktatur für die Slowakei gefordert zu haben⁷⁹. Auch kleine Taschenspielertricks scheut die Autorin nicht, wenn es darauf ankommt, die Nationalitätenpolitik der Ersten Republik aufzupolieren⁸⁰.

Es ist eben diese Apologetik, die hier und da auftauchende kritische Einsichten⁸¹ dann doch wieder untergehen läßt und damit Ansatzpunkte zu einer distanzierten Betrachtungsweise zunichte macht. Hinzu kommt, daß die Verfasserin – ihres eigenen Urteils nicht gewiß – in oben schon beschriebener Manier⁸² Zuflucht beim Diktum der Autoritäten nimmt. Zitate Masaryks und Benešs, auf deren Werke sich 56 der insgesamt 388 Anmerkungen des Textes von Broklová beziehen, werden dabei durchaus zielbewußt im Sinne einer „Beschwichtigungstherapie“ gegenüber den Kritikern eingesetzt: Ihre Sentenzen entscheiden den Streit, sind ihre Worte erst einmal gefallen, gibt es nicht mehr viel zu sagen. Auf diesem Wege gleitet die Autorin immer tiefer auf die Positionen einer musealisierenden monumentalischen Geschichtsschreibung ab, die sich auf das „vergangene Große“ richtet, mit der Gegenwart aber bestenfalls noch durch das zeitlose „Geistergespräch“ vermittelt werden kann, das die Nachkommen mit den Gebildeten früherer Epochen führen. Im Windschatten von soviel geistiger Exklusivität fühlt sich auch die Autorin zu elitären Höhenflügen ermuntert: Ein immer wiederkehrender Topos ihres Textes sind die „Massen“, ist der „Fanatismus“ der Massen, ist die „Vermassung“, die zum Verfall des „moralischen und geistigen Niveaus“ führt, sind die Massen, die „nichts anderes verlangen, als zu glauben“, die „undemokratischen Massen“ etc.⁸³. Es paßt gut zu dieser elitären Perspektive, die es dem früheren Liebesobjekt der kommunistischen Historiographie noch einmal kräftig heimzahlt⁸⁴, daß sich „Demokratie“ bei Broklová schließlich auf eine Art innere

⁷⁹ E b e n d a 124.

⁸⁰ Zum Beweis dessen, daß die deutsche Bevölkerung in der Tschechoslowakei in Zeiten wirtschaftlicher Not in höherem Maße unterstützt wurde, als dies dem Anteil der Deutschen an der Gesamtbevölkerung der ČSR entsprach, weist die Autorin darauf hin, daß in den Jahren 1930–1935 über die deutschen Gewerkschaften mehr als 42 Prozent der für die Arbeitslosenunterstützung zur Verfügung stehenden Mittel ausgezahlt wurden, obwohl der deutsche Bevölkerungsanteil erheblich niedriger lag. Arbeitslosenunterstützung wurde über das in der Tschechoslowakei eingeführte Genter System jedoch grundsätzlich nur den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern ausgezahlt, sodaß die genannten 42 Prozent lediglich den Anteil an der Gesamtsumme der Unterstützung wiedergeben, der den Arbeitern deutscher Nationalität aufgrund ihres gewerkschaftlichen Organisationsgrades zustand. E b e n d a 139.

⁸¹ E b e n d a 46.

⁸² Vgl. Anm. 17.

⁸³ E b e n d a 101, 102, 146.

⁸⁴ Es scheint eine gewisse Notwendigkeit darin zu liegen, daß diejenigen, die von der Linken ins rechte politische Spektrum abwandern, ihre Frustrationen und Enttäuschungen in einem objektivistischen Begriff der Massen abarbeiten, denen sie bestenfalls noch – wie in der vorliegenden Untersuchung – den Stellenwert eines trägen Mediums der Vermittlung zwischen Ökonomie, Politik und Kultur zubilligen wollen. Zumal die Schriften französischer KP-Renegaten (Doriot, Jouvenel, Baudrillard u. a.), die sich in einer kritischen Phase ihrer politischen Entwicklung über die Beziehungen zwischen dem Intellektuellen und den Massen getäuscht haben, bieten hierzu reiches Anschauungsmaterial.

geistige Gestimmtheit, auf einen seelischen Habitus reduziert, der äußerer Objektivierungen und institutioneller Voraussetzungen nicht mehr bedarf: Demokratie könne nicht nur an ihrem politischen System gemessen werden, meint die Verfasserin⁸⁵. Um Demokratie zu retten, seien auch Beschränkungen des Parlamentarismus unerlässlich⁸⁶. Demokratie und Öffentlichkeit seien nicht notwendig aufeinander bezogen⁸⁷.

Das hier rezensierte Buch ist nicht symptomatisch für die Entwicklung der tschechischen Geschichtswissenschaft nach 1989. In ihm kulminieren jedoch Tendenzen, die klar erkennen lassen, daß im Prozeß der Neu- und Umorientierung der tschechischen zeitgeschichtlichen Forschung mit der bloßen Perhorreszierung des marxistisch-leninistischen Kanons noch nicht sehr viel gewonnen ist. Methodische Überprüfung dessen, was der Geschichtswissenschaft hinter ihrem Rücken an diesen oder jenen Zeitgeistfragmenten unkontrolliert wieder zuwächst, scheint eine nicht weniger wichtige Aufgabe der seit langem geforderten „Generalrevision“ der tschechischen Historiographie zu sein⁸⁸.

⁸⁵ Broklová: Československá demokracie, 20.

⁸⁶ Ebenda 113.

⁸⁷ Ebenda 26.

⁸⁸ Der Begriff „Generalrevision“ nach Křen: Bílá místa, 103.